

Vergleich zu den ab Mitte d.J. auf den Markt drängenden Industrieobligationen zu schaffen.

Trotz des früheren Ausgabedatums werde nach Einschätzung von Gao Jian die Durchführung der geplanten Emission nicht leicht sein. Da beim Kauf von Wertpapieren nicht die Kreditwürdigkeit des Emissionärs in Betracht gezogen würde, sei die Nachfrage nach nicht-staatlichen Anleihen mit höheren Verzinsungen seit Beginn letzten Jahres größer gewesen. Auch der seit Juni 92 stagnierende Sekundärmarkt für bereits in Umlauf befindliche Staatsanleihen zeige kaum Zeichen der Erholung. (CD, 16.2.93; Xinhua News Agency in English, 17.2.93, in SWB, 24.2.93)

Nach einem Bericht des *Asian Wall Street Journal* vom 2.3.93 soll angeblich die diesjährige Ausgabe der Staatsobligationen wieder in der Form einer Zwangsanleihe erfolgen, bei der Provinzregierungen und Staatsunternehmen zum Kauf verpflichtet werden. Ob damit gleichzeitig wieder die früher verbreitete Praxis aufgenommen werde, die Beschäftigten über einen teilweisen Einbehalt ihrer Löhne am Zwangsaufkauf zu beteiligen, sei noch nicht bekannt geworden.

Der Grund für die Wiedereinführung der Zwangsanleihe liege in den Schwierigkeiten, die sich beim Verkauf von Staatsobligationen durch Übernahmekonsortien im letzten Jahr gezeigt hätten. So sei die Emission des größten Teils der Staatsanleihen von 41,1 Mrd. Yuan [?] im letzten Jahr durch ein Netzwerk von Banken und Wertpapierhändlern übernommen worden, die jedoch das Marketing vernachlässigt hätten. Als dann die Nachfrage am Rentenmarkt Mitte 92 stagnierte, seien sie nur in der Lage gewesen, einen Teil der Staatsanleihen zu verkaufen. Demzufolge hätten die Banken und Wertpapierhändler für dieses Jahr die weitere Übernahme von Emissionen abgelehnt.

Ende Oktober 1992 hatte Gao Jian selbst auf die Gefährdung der Emissionspläne für 1993 aufgrund des schleppenden Verkaufs von Staatsobligationen und der fallenden Marktpreise für Renten hingewiesen. Er hatte deshalb gefordert, daß zur Verbesserung dieser Situation Maßnahmen

durchgeführt werden sollten, die eine Rückkehr zum System der Zwangsanleihe nicht erforderlich machten; dies wäre ein Schritt konträr zur Ausweitung der Marktwirtschaft. (XNA, 1.11.92)

Offiziell wurde noch nicht die Wiedereinführung der Zwangsanleihe bestätigt, sondern auch für dieses Jahr der Verkauf der Staatsobligationen durch Übernahmekonsortien angekündigt. Das Finanzministerium will die Emissionsbanken außerdem ermutigen, flexible Verkaufsmaßnahmen zu nutzen, wie beispielsweise den Over-the-Counter-Handel und die Aufteilung von Anleihen mit längeren Laufzeiten in solche mit kürzeren Laufzeiten.

Das Gesamtvolumen der emittierten Staatsanleihen zwischen 1981 bis Ende 1992 soll sich auf insgesamt 160 Mrd. Yuan belaufen. (CD, 15.2.93; XNA, 13.2.93) -schü-

*(31)

Postämter von Bauern gestürmt

Aufgrund unzureichend zur Verfügung stehender Finanzmittel für den staatlichen Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte erhielten die Bauern im letzten Jahr anstelle von Bargeld lediglich Schuldscheine. Mitte Januar wurde ein Teil der Schuldscheine im Wert von 3 Mrd. Yuan in Postanweisungen umgewandelt. Allerdings sahen sich die Bauern mit dem Problem konfrontiert, daß diese Anweisungen auf den Postämtern nicht eingelöst wurden.

Wie das Ministerium für Post und Telekommunikation berichtet, seien die Probleme bei der Einlösung von Postanweisungen vor allem in den Provinzen Sichuan, Hubei, Hunan, Jiangsu und Henan aufgetreten. Verärgerte Bauern stürmten nach Angabe des Ministeriums im Kreis Nanchong, Provinz Sichuan, kurz vor Beginn des Frühlingfestes 60% der ländlichen Postämter. Dabei sollen sieben Postangestellte verletzt und die Postämter beschädigt worden sein.

Aus der Sicht des Ministeriums könnten die Probleme mit der Auszahlung von Postanweisungen, die vor allem durch Verzögerungen im Verkehr zwischen den Banken und den Postämtern und unzureichender technischer Ausstattung der Postämter entstanden, nur durch die Gründung von Postsparkassen gelöst werden. -schü-

Taiwan

*(32)

Regierungswechsel in Taipe

Nach einem zwei Monate dauernden Machtkampf in der Regierungspartei KMT (Kuomintang) zwischen dem Flügel der überwiegend von einheimischen Insulanern gebildeten "Hauptströmung" (Zhuliu Pai) um den Parteivorsitzenden und Staatspräsidenten Li Denghui (Lee Teng-hui) und dem Flügel der hauptsächlich von gebürtigen "Festländern" gebildeten "Nichtströmung" um den Ministerpräsidenten Hao Bocun (Hau Pei-tsun) ist Ende Februar endlich ein Regierungswechsel über die Bühne gegangen. (LHB und ZYRB, 27.2.93) Wie berichtet (C.a., Januar 1992, Ü 50), hatte Hao bereits am 30. Januar seinen Rücktritt erklärt.

Am 9. Februar beschloß Li Denghui, wie allgemein erwartet, Lian Zhan (Lien Chan) zum Nachfolger von Hao zu nominieren. Gleich nach der Zustimmung des Gesetzgebungs Yuan (Parlament) am 23. Februar wurde er von Präsident Li offiziell zum Ministerpräsidenten ernannt.

Bis zum letzten Moment herrschte aber noch große Spannung, da die parlamentarische Zustimmung zu der Nominierung Lians nicht ganz sicher war. Zur Zeit gibt es im Gesetzgebungs Yuan 160 Sitze (ein Sitz ist infolge von Wahlunregelmäßigkeiten im Kreis Hualian noch nicht entschieden), wovon 101 auf die Regierungspartei entfallen. Wenn die rd. 30 zum Flügel "Nichtströmung" zählenden KMT-Abgeordneten zusammen mit den 51 Abgeordneten der Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) gegen bzw. nicht für Lian gestimmt hätten, dann wäre er nicht durchgekommen. So ist es z.B. bei der Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Gesetzgebungs Yuan am 1. Februar passiert, daß der vom Flügel "Hauptströmung" unterstützte Präsidentschaftskandidat Liu Songfan (Liu Sung-pan) erst durch Stichwahl gewählt werden konnte. Beim ersten Wahlgang hatte er keine Mehrheit erhalten.

Um die Bestätigung der Nominierung Lians zu sichern, soll die "Hauptströmung" der KMT angeblich der DPP Ministerposten angeboten haben - als Gegenleistung für eine Unterstützung bei der Abstimmung. Innerhalb der DPP hatte es zunächst Meinungsverschiedenheiten zum Abstimmungsverhalten gegeben. Während eine Gruppe aus dem grundsätzlichen oppositionellen Standpunkt gegen jeden Kandidaten der KMT votieren wollte, neigte eine andere Gruppe dazu, Lian bei der Abstimmung passieren zu lassen, da dieser nicht nur ein einheimischer Politiker jüngerer Generation ist, sondern auch in der Außen- und Chinapolitik der DPP nahesteht, d.h. keine Festbindung an einer Vereinigung mit dem chinesischen Festland.

Schließlich beschloß die DPP, 34 ihrer Abgeordneten mit Nein stimmen und 17 nicht an der Abstimmung teilnehmen zu lassen, damit Lian allein mit den Stimmen des Flügels der "Hauptströmung" der KMT die Mehrheit bekommen konnte. Insgesamt hat Lian am 23. Februar 109 der 143 abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. Das zeigt, daß außer den Stimmen der DPP sowie einer ungültigen Stimme alle für Lian gestimmt haben. Noch kurz vor der Abstimmung hatte der "Nicht-Hauptströmungs"-Flügel der KMT bereits Unterstützung für Lian geäußert. Daher gilt die DPP als der Verlierer, weil ihr doppeltaktisches Manöver eigentlich überflüssig war. Sie hat ja in der neuen Regierung auch kein Amt erhalten.

Lian ist der erste einheimische Ministerpräsident - seine Ahnen sind vor dreihundert Jahren vom chinesischen Festland nach Taiwan übergesiedelt. Sein verstorbener Vater lebte allerdings lange auf dem Festland, und er selbst ist 1936 in der nordwestchinesischen Provinz Shaanxi geboren. Seine Mutter und auch seine Frau sind "Festländerinnen". Erst nach der japanischen Kapitulation im 2. Weltkrieg ist er als zehnjähriger mit seinen Eltern nach Taiwan gekommen. Nach dem Studium der Politischen Wissenschaften an der Nationalen Taiwan Universität 1957 und dem Militärdienst 1959 ging er zur weiteren Ausbildung in die USA und promovierte 1965 an der Universität von Chicago. 1966-1975 lehrte er an verschiedenen Universitäten in den USA und Taiwan. 1975

wurde er zum Botschafter Taipeis in El Salvador ernannt, 1976 zum Direktor der Abteilung für Jugendarbeit im ZK der KMT, 1978 zum Vizegeneralsekretär der Partei, dann noch im gleichen Jahr zum Vorsitzenden der Nationalen Jugendkommission unter dem Exekutiv Yuan (Kabinett), 1981 zum Verkehrsminister, 1987 zum Vizeministerpräsidenten, 1988 zum Außenminister. Von 1990 bis zu seiner neuen Ernennung war er Gouverneur der Provinzregierung Taiwan.

In Lians neuem Kabinett, das am 26. Februar offiziell gebildet wurde, gibt es folgende wichtige Umbesetzungen:

- Vizeministerpräsident: Xu Lide (Hsu Li-teh, 62, aus der Provinz Henan, vorher Vizegeneralsekretär der KMT)
- Verteidigungsminister: Sun Zhen (Sun Chen, 59, aus der Provinz Shandong, vorher Präsident der Nationalen Taiwan Universität)
- Wirtschaftsminister: Jiang Bingkun (Chiang Pin-kung, 61, aus der Provinz Taiwan, vorher stellvertretender Minister desselben Ministeriums)
- Finanzminister: Lin Zhenguó (Lin Chen-kuo, 56, aus der Provinz Fujian, vorher Direktor der Finanzabteilung der Provinzregierung Taiwan)
- Bildungsminister: Guo Weifan (Kuo Wei-fan, 56, aus der Provinz Taiwan, vorher Vorsitzender des Komitees für Kulturaufbau)
- Justizminister: Ma Yingjiu (Ma Ying-jeou, 43, aus der Provinz Hunan, vorher Vizevorsitzender des Komitees für die Angelegenheiten des Festlands)
- Verkehrsminister: Liu Zhaoxuan (Liu Chao-shiuan, 50, aus der Provinz Sichuan, vorher Präsident der Nationalen Tsing Hua Universität)
- Staatsminister und Vorsitzender des Komitees für Wirtschaftsaufbau: Xiao Wanchang (Vincent C. Siew, 54, aus der Provinz Taiwan, vorher Wirtschaftsminister)
- Vorsitzender des Komitees für mongolische und tibetische Angelegenheiten: Zhang Junyi (Chang Jiun-yih, 43, aus der Provinz Hunan, vorher Professor an der Nationalen Chengchi Universität)
- Vorsitzender des Komitees für überseechinesische Angelegenheiten: Zhang Xiaoyan (John Chang, 51, aus der Provinz Jiangxi, vorher stellvertretender Außenminister)

- Generalsekretär: Li Hougao (Lee Hou-kao, 67, aus der Provinz Hubei, vorher Generalsekretär der Provinzregierung Taiwan)
- Andere neue Staatsminister (Minister ohne Portefeuille): Qiu Hongda (Hungdah Chiu, 57, aus der Provinz Fujian, vorher Professor an der Universität von Maryland, USA); Xia Hanmin (Shia Han-min, 61, aus der Provinz Fujian, vorher Vorsitzender des Komitees für Wissenschaften)

Ferner wurde Shi Qiyang (Shih Ch'iyang, 58, vorher Vizeministerpräsident) zum Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats ernannt und Song Chuyu (James Soong, 51, bislang Generalsekretär der KMT) zum neuen Gouverneur der Provinzregierung Taiwan nominiert - die offizielle Ernennung Songs folgt erst nach der Zustimmung des Provinzparlaments. (Zu weiteren Mitgliedern der neuen Regierung siehe Monthly Data von Taiwan in diesem Heft.) -ni-

*(33)

Niederlage der Regierungspartei bei Nachwahl in Penghu

Am 27. Februar fand im Kreis Penghu (Pescadores) die Nachwahl für den Kreisleiter statt, wobei die Regierungspartei KMT (Kuomintang) eine große Niederlage erlitt. Penghu ist zwar der kleinste Kreis der Provinz Taiwan mit nur 95.065 Einwohnern, galt aber in der Vergangenheit traditionell immer als eines der sichersten Gebiete bei Wahlen für die KMT. Am genannten Wahltag sind 64,22% der 63.902 Wahlberechtigten zur Urne gegangen. Der Kandidat der Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), Gao Zhipeng (Kao Chih-p'eng), hat 23.430 Stimmen auf sich vereinigt, während der KMT-Kandidat Zheng Yongfa (Cheng Yung-fa) nur 16.954 Stimmen erhielt, obwohl es im Kreis 22.000 KMT-Mitglieder gibt. (LHB, 28.2.93) Offenbar ist die Niederlage der Regierungspartei auf die jüngsten Flügelkämpfe zwischen der "Hauptströmung" und der "Nicht-Hauptströmung" zurückzuführen. (Dazu siehe C.a., Januar 1993, Ü 50.) Zheng wurde vom Flügel der "Hauptströmung" unterstützt.

Nach der Niederlage in Penghu hat die KMT noch in 13 der 21 Kreise und Städte (auf Kreisebene) die Regie-

rungsmacht. Noch Ende dieses Jahres werden alle Verwaltungsleiter auf Kreisebene neu gewählt. Daher ist die Wahlniederlage in Penghu für die KMT ein Alarmsignal. -ni-

***(34)
Waffengeschäfte mit Europäern und Amerikanern**

Deutschen Presseberichten zufolge hat der Bundessicherheitsrat am 28. Januar zwar den Export von U-Booten und Kriegsschiffen nach Taiwan abgelehnt (s. dazu C.a., Januar 1993, Ü 51), aber ein Waffengeschäft mit Luftabwehrraketen genehmigt. Bei der Lieferung handelt es sich um die im Golfkrieg bekanntgewordenen Patriot-Raketen und um RAM-Raketen (Rolling Airframe Missiles). Beide Systeme sind Gemeinschaftsproduktionen deutscher und amerikanischer Rüstungsfirmen. Die zum Daimler-Benz-Konzern gehörende DASA und Siemens sind an Antriebs- und Steuerungstechnik der Patriot beteiligt. Die DASA, Telefunken und einige andere deutsche Firmen sind Zulieferer für die RAM. (SZ, 15.2.93)

Aus Taipei wurde gemeldet, die US-Regierung habe eine Zusammenarbeit der amerikanischen Rüstungsfirma Raytheon mit Taiwan beim Bau von Raketen gebilligt. Das Verteidigungsministerium in Taipei gab keine Stellungnahme ab. Das Projekt sieht den Bau einer der Patriot ähnlichen Luftabwehrrakete vor, die 1996 einsatzfähig sein soll. Die Kosten des Projekts wurden mit einer Milliarde Dollar angegeben. (FAZ, 3.3.93)

Ferner berichtete der staatliche Rundfunk in Taipei am 6. Februar, daß Taiwan mit Hilfe niederländischer Ingenieure eigene U-Boote bauen wolle. Die Regierung habe sich zu diesem Schritt entschlossen, nachdem Taiwan den Auftragsboom zum Bau von zehn U-Booten und zehn Küstenpatrouillenbooten abgelehnt hatte. Den Angaben zufolge wird eine Gruppe von Ingenieuren des Schiffbauunternehmens RDM im März in Taiwan erwartet. Den Haag habe sich wegen des starken Drucks aus Peking und den gleichzeitigen wirtschaftlichen Interessen für den Technologie-Transfer, statt der Lieferung ganzer Schiffe entschieden, hieß es. Die niederländische Handelsmini-

sterin Yvonne van Rooy unterstützte den Plan. Als Begründung für die Anschaffung der Schiffe führt Taipei die Überwachung der Wasserstraße zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland an. (SZ und FAZ, 8.2.93)

Die elsässische Firma Manurhin Equipment hat mit Taiwan einen Vertrag über die Herstellung von drei Produktionsanlagen für Munition abgeschlossen. Der Chef des in Mülhausen ansässigen Unternehmens, Richard Pipino, teilte mit, das Geschäft habe einen Umfang von 266 Mio. Franc (78 Mio. DM). Um den Auftrag hätten sich ebenfalls das französische Staatsunternehmen GIAT und eine südafrikanische Firma bemüht. Mit den Produktionsanlagen solle kleinkalibrige Munition hergestellt werden. Durch den Auftrag sei die Firma, die etwa 200 Mitarbeiter beschäftigt, länger als drei Jahre ausgelastet. (SZ, 17.2.93)

Großbritannien und Taiwan wollen gemeinsam ein Mittelstreckenflugzeug bauen. Ein Abkommen über ein Joint Venture wurde von der Taiwan Aerospace Corp. (TAC) und British Aerospace Ltd. unterzeichnet, wie die Firmen bekanntgaben. Der Jet mit 400 Sitzplätzen soll in Woodford (England) und Taichung (Taichong in Taiwan) montiert werden. Die erste Maschine soll im März von Woodford ausgeliefert werden, nächstes Jahr von Taichung. (SZ, 21.1.93)

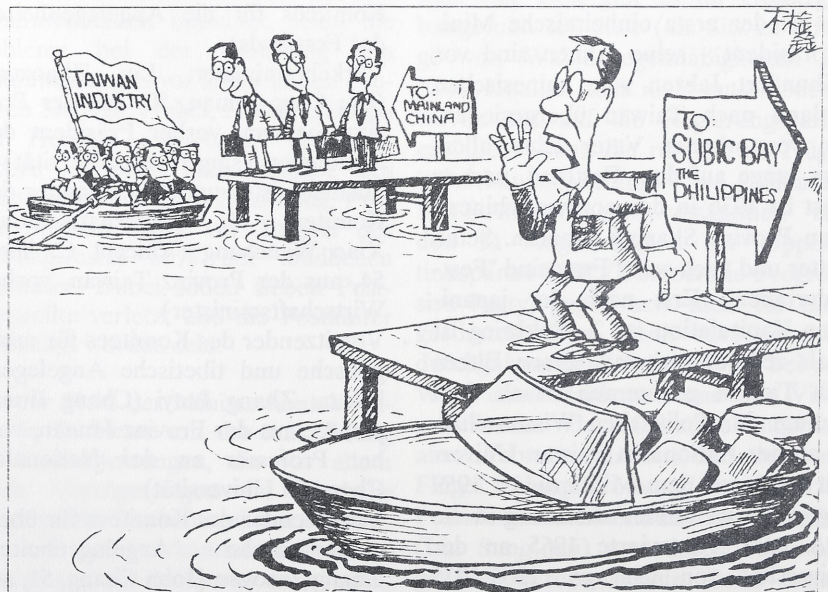
Taiwan verlangt jetzt von den Amerikanern beim Kauf von F-16 Technologietransfer. Im September 1992 hatte

Washington die Lieferung von 150 Kampfflugzeugen dieses Modells an Taiwan im Wert von 6 Mrd. US\$ genehmigt. (IHT und FT, 23.2.93; vgl. auch C.a., September 1992, Ü 37) -ni-

***(35)
Taiwan wird den früheren US-Marinestützpunkt Subic Bay auf den Philippinen zum Industriepark umbauen**

Taiwan will auf dem 300 ha großen Gelände des von den USA geräumten philippinischen Marinestützpunktes Subic Bay einen Industriepark für die Exportwirtschaft errichten. Die Regierung hat Manila gemäß Angaben des Wirtschaftsministeriums in Taipei Kredite in Höhe von 20 Mio. US\$ bewilligt. (AWSJ, 17.2.93) Eine entsprechende offizielle Übereinkunft hatten der stellvertretende Wirtschaftsminister Yang Shijian (Yang Shih-chien) und der Vorsitzende der Subic Base Management Authority in Manila bereits getroffen.

In der Anfangsphase sollen vor allem Unternehmen aus der taiwanesischen Leichtindustrie für das Vorhaben gewonnen werden, doch steht der Park auch Interessenten anderer Branchen offen. Das Wirtschaftsministerium in Taipei zeigt in diesem Zusammenhang beispielsweise großes Interesse an der Errichtung eines Naphtacrackers durch die staatseigene China Petroleum Corp. Mit einem Produktionsbeginn in Subic Bay kann allgemein jedoch frühestens in sechs Monaten gerechnet



(aus: FCJ, 9.2.93)

werden. Yang bezifferte den wertmäßigen Output der Zone im Jahr 2000 auf rd. 5 Mrd.US\$. Durch den Industriepark werden Tausende neuer Arbeitsplätze geschaffen.

Das taiwanesisches Engagement in den Philippinen hat sich im vergangenen Jahr im Vergleich zu 1991 kaum belebt. In den ersten zehn Monaten 1992 lagen die Investitionen bei gerade knapp über 1,2 Mio.US\$, 2% über dem entsprechenden Ergebnis von 1991. Verantwortlich hierfür dürfte u.a. die unsichere soziale Lage der Philippinen sein. (NfA, 10.2.93)

Auch bevorzugen die taiwanesischen Investoren das chinesische Festland als Standort, weil dort die Löhne noch niedriger sind als auf den Philippinen oder anderen südostasiatischen Staaten. In den letzten zehn Jahren sollen sie schätzungsweise 5 bis 10 Mrd.US\$ auf dem chinesischen Festland investiert haben. Mit dem Subic Bay-Projekt versucht die Regierung in Taipei offenbar, den Kapitalzufluß Taiwans umzuleiten und damit die Wirtschaftsverflechtung mit dem kommunistischen chinesischen Festland zu bremsen. (IHT, 17.2.93) -ni-

*(36)

Wenig Interesse privater Investoren an Staatsunternehmen

Die Privatisierung der taiwanesischen Staatsunternehmen verläuft nur schleppend. Angesichts der schwachen Reaktionen der Börse in Taipei auf das Angebot von Aktien an der BES Engineering Corp., einem großen Baukonzern, will die Regierung jetzt auch Ausländern den Kauf von Anteilen erlauben.

Neben der BES Engineering, von der 60% verkauft werden sollen, sind die Taiwan Machinery Manufacturing Corp. (60%), die China Chemical Corp. (40%), die Chinese Petroleum Corp. (40%) sowie die China Steel Corp. (17%) betroffen. Insgesamt will die Regierung etwa 20 Firmen, darunter auch Banken, in privates Eigentum überführen und auf diese Weise Einnahmen in Höhe von 600 Mrd. Neuen Taiwan-Dollar (NT\$; 38 Mrd.DM; 1 NT\$ = rd. 0,06 DM) erzielen.

Das erste Angebot von Anteilen an der BES Engineering verlief mehr als enttäuschend. Ursprünglich hoffte das Ministerium auf den Verkauf von knapp 200 Mio. Aktien, doch konnten hiervon nur etwa 10% abgesetzt werden. (NfA, 1.2.93)

Bereits 1989 hat die Regierung mit dem Privatisierungsprogramm begonnen. Doch infolge des starken Kursrutsches auf dem Aktienmarkt, des Widerstands der Gewerkschaft und der schleppenden Bürokratie kommt der Plan schwer voran. Andererseits braucht die Regierung für die Ausführung des Sechsjahresplanes (1991-1996) dringend Kapital. Allein in den Finanzjahren 1992 und 1993 hat die Regierung im Staatshaushalt 600 Mrd.NT\$ Anleihen aufnehmen müssen, noch mehr als in den 42 Jahren 1950-1991 mit über 400 Mrd.NT\$. Im Fiskus, der früher schuldenfrei war, gibt es jetzt schon ein Loch von 500 Mrd.NT\$. (LHB, 16.2.93) -ni-

*(37)

Werbeverbot für Babynahrung

Die taiwanesisches Regierung will Werbung für Babynahrung verbieten, um Mütter zum Stillen ihrer Säuglinge zu ermuntern. Wie das Gesundheitsministerium am 22. Februar mitteilte, soll ein entsprechendes Gesetz im April in Kraft treten. In Taiwan stillten 1990 nur 5,8% der Mütter ihre Säuglinge - weltweit die niedrigste Rate. Der Rückgang wird auf die Berufstätigkeit der Mütter und die Wettbewerbsstrategien der Babynahrungsherstellen zurückgeführt. (SZ, 23.2.93) -ni-

Hongkong

*(38)

Wirtschaftsverflechtung in der großen chinesischen Wirtschaftsregion

Zwischen 1979 und dem ersten Quartal 1992 hat Hongkong dem *Economic Report* (Februar 1993) der Hong Kong Shanghai Banking Corporation zufolge 43,1 Mrd.HK\$ (umgerechnet 5,5 Mrd. US\$) auf dem chinesischen Festland

investiert, was 61,6% der ausländischen Gesamtinvestitionen dort entspricht. Umgekehrt hat das chinesische Festland im gleichen Zeitraum über 12 Mrd.HK\$ (1,53 Mrd.US\$) in Hongkong investiert. Seit 1979 stieg der Gesamtmarkt beider Seiten jährlich im Durchschnitt um 32% bis auf 628,4 Mrd.HK\$ (80,56 Mrd.US\$) im Jahr 1992. Verstärkt hat sich auch der Dienstleistungsaustausch beider Seiten, vor allem im Tourismus. 1991 haben Hongkonger Bürger in China 18,7 Mrd.HK\$ (2,39 US\$) ausgegeben, was 84,6% aller chinesischer Einnahmen aus dem Tourismus entspricht.

All dies bewirkte einen Zufluß von Hongkong-Dollar nach China. Nach dem Stand von 1991 zirkulierten rd. 15 Mrd.HK\$ oder 30% der Hongkonger Währung auf der anderen Seite der Grenze. Während die chinesischen Banken 1980 gegenüber den Hongkonger Geldinstituten Verbindlichkeitsvolumen von über 4,5 Mrd.HK\$ hatten, besaßen sie 1992 ein Gesamtvermögen von über 42,4 Mrd.HK\$ (5,4 Mrd.US\$).

Der Leiter der China Poverty Aid Foundation, Xiang Nan, teilte in einem Vortrag beim Symposium in Hongkong über die Entwicklung Südkinas und seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Hongkong und Taiwan mit, daß die Investitionen des chinesischen Festlands in Hongkong und Macau 1992 eine Höhe von 20 Mrd.US\$ (sic!) erreichten, wovon der größte Teil aus den südchinesischen Provinzen Guangdong, Fujian, Hainan und dem autonomen Gebiet Guangxi kamen. Zugleich hat Hongkong einen Anteil von 80% an allen ausländischen Investitionen in Guangdong. Die Sonderwirtschaftszone Xiamen von Fujian hat ihm zufolge in den ersten neun Monaten 3.750 Investitionsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 2,97 Mrd. US\$ (sic!) genehmigt. (CD, 11.2.93; XNA, 12.2.93) -ni-

*(39)

Hongkongs Auswanderungswelle geht zurück

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Auswanderer von Hongkong nach Australien gegenüber 1991 drastisch gesunken. Den Angaben des australi-